

# Die Verbraucher sind nur die Konsumsklaven

## Drei Republikanische Clubs entwickelten das Modell einer sozialistischen Gesellschaft

Die innere Situation der ApO ist verworrener denn je. Sie hat sich selbst in die Isolierung hineinmanövriert. Einsichtige Gruppen der ApO geben es unumwunden zu. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, soll am 25./26. Januar in Frankfurt ein Bundestreffen unabhängiger ApO-Gruppen und Republikanischer Clubs stattfinden. Die „Initiative Republikanische Union (IRU)“, eine Aktion von Arbeitsgruppen der Republikanischen Clubs Hamburg, Lörrach und Sylt, hat ein Modell einer sozialistischen Gesellschaft entwickelt, über das auf der Frankfurter Tagung diskutiert werden soll.

Diese Analyse bietet Modelle für die entscheidenden Fragen des gesellschaftlichen Lebens an. Den ersten Teil überschreiben sie mit „Demokratiemodell“ und erklären dazu folgendes: „Die Forderung nach Demokratie, nach Demokratisierung der Gesellschaft geht durch alle progressiven Kreise der außerparlamentarischen und auch der das Parlament bejahenden Opposition. Diese Forderung steht auf der Grundlage der in diesen Kreisen erarbeiteten und auf viele wissenschaftliche Untersuchungen gestützten Erkenntnis: die Demokratie, die Willensbildung von unten nach oben, ist in der Gesellschaft der Bundesrepublik faktisch ausgeschaltet. Die Erfüllung der demokratischen Forderung – Chancengleichheit für alle, praktische Erfüllung der Menschenrechte für jeden einzelnen – ist gerade wegen der fortschreitenden Perversion der Demokratie, gemeinsame Forderung aller politisch bewussten Menschen. Die Gewalt über die Festsetzung und Veränderung der Grundrechte muss den durch kapital Herrschenden abgerungen und – endlich – wirklich in die Hände des Volkes gelegt werden.“

Zwei Modelle stehen als Wege zur Erfüllung dieser Grundforderung zur Diskussion: 1. Das Modell der Rätedemokratie, 2. Die direkte demokratische Volksabstimmung über Fragen des Grundrechtes... Das Rätedemodell wird seinen Anwendungsbereich zunächst mehr in kleineren Bereichen der Gesellschaft haben können und wird dort bestimmte Rechtsforderungen – besonders in Betrieben, in Verwaltungen, Schulen – von unten nach oben tragen und durchsetzen. Es werden zum Beispiel die Mitarbeiter eines Betriebes Räte wählen. Diese Räte werden ganz bestimmte Forderungen von unten nach oben tragen. Sie werden an bestimmte Aufträge ihrer Wähler gebunden sein. Sie werden permanent Rechenschaft geben müssen, und sie werden sofort abwählbar sein, wenn die Mehrheit der Wähler mit der Arbeit eines Rates nicht einverstanden ist.

Eine progressive Funktion des Rätedemodells setzt sehr viel mehr politisches Bewusstsein voraus, als heute zunächst vorhanden ist – andererseits schafft es auch Bewusstsein. Bestimmte fundamentale Grundrechte des Menschen müssen erst verwirklicht und unantastbar sein, wenn Diskussion, Rätewahl und rätedemokratische Entscheidung progressiv wirken sollen.

Die direkte demokratische Entscheidung aller Wahlberechtigten über die Grundrechte ist das fundamentale Instrument, um die Rechte der Mehrheit durchzusetzen, und um sie gegen die Gruppen zu verteidigen, die Vorrechte und Herrschaft auf Kosten der Mehrheit für sich okkupieren wollen.

### Demokratische Abstimmung

Grundrechte betreffen unmittelbar die Existenz des einzelnen und die Lebensgrundlage der Gesellschaft. Nahrung und Wohnung, Erziehung und Ausbildung, Kranken- und Altersversorgung sind Grundrechte jedes Menschen. Die direkte demokratische Abstimmung über Grundrechte muss als bleibberechtigter Faktor demokratischer Ordnung ihren Platz neben dem Parlament haben. Die Volksabstimmung muss in der Rangordnung sogar über dem Parlament stehen. Sie muss für die Gesamtheit lebenswichtige Entscheidungen fällen können... Die Volksabstimmung muss das Regulativ des Parlaments sein. Auch die Frage der Bewaffnung, der Atombewaffnung oder der Nichtbewaffnung gehört in den Bereich der Grundrechte, ebenso die Frage der Anerkennung von Staatsgrenzen und die des militärischen Bündnisses. Selbstverständlich gehört auch die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln in den Bereich der Grundrechte. Das Volk wird sich nur dann seinen berechtigten Anteil an seinem Leistungsergebnis verschaffen und schützen können, wenn die Frage Privateigentum an Produktionsmitteln oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch direkte demokratische Abstimmung entschieden werden kann.

Die IRU ist der Auffassung, dass die Mehrheit heute in der Lage wäre, sich zum Beispiel ein Urteil darüber zu bilden, ob eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Interesse der Gesamtheit liegt oder nicht, und zwar dann, wenn die Massenmedien von der Gewalt der Herrschenden befreit sind. Die gesellschaftlich wirksame freie Aufklärung und der Schutz dieser Aufklärung vor den Gruppen, die gegenwärtig die Massenmedien beherrschen, sieht die IRU als einen Schwerpunkt ihrer politischen Forderungen.

Der zweite wohl wichtigste Teil setzt sich mit dem Eigentum an Produktionsmitteln, der Frage von Grund und Boden und dem Erbrecht auseinander. Unter der Überschrift „Sozialismus-Modell“ wird dazu folgendes gesagt: „Die vorliegende Struktur unserer Gesellschaft regelt die oben genannten Grundrechtsfragen so, dass auf der Grundlage des gültigen Rechts sich Tausende von Betrieben und Hunderttausende von Quadratmetern Bodenfläche in privaten Besitz einzelner oder Gruppen befinden. Die gültigen Gesetze lassen es zu, dass unschätzbare Werte an Erben vererbt werden können. Die gegenwärtigen Eigentumsgesetze sind faktisch der Schlüssel zu einer nahezu unumschränkten Macht weniger über alle.“

Die Grundlage des herrschenden strukturimmanenten Eigentums- und Erbrechts liegt historisch weit zurück. Heute ist an die Stelle der kriegerischen Eroberung von Eigentum als ergänzendes Machtinstrument die Eroberung von Eigentum durch eine Kombination von Kapital und politischer Macht oder politischer Macht und Kapital getreten.“

„Die Menschen erleben das Unrecht dieser Eigentumsgesetze. Arbeiter und Angestellte wissen sehr wohl, dass es ohne sie keinen Aufbau in der Bundesrepublik gegeben hätte. Sie erleben auch, dass die Früchte ihrer Arbeit ganz wenigen zu unangemessenem Reichtum und zu einer nahezu schrankenlosen macht gebracht haben, während sie, nach wie vor, abhängige Lohn- und Gehaltsempfänger

geblieben sind. Sie ertragen es, weil sie es nie anders erlebt und die repressiven Strukturen der Gesellschaft verinnerlicht haben.“

„Kein Betrieb, keine Maschine, keine Ware ist anders entstanden als durch die Zusammenarbeit aller in der Wirtschaft tätigen Menschen. Im Ganzen der Wirtschaft füllt jeder, der produktiv arbeitet, das heißt, etwas Wichtiges für andere tut, eine Stelle aus, die einem anderen unentbehrlich für die Produktivität seiner Arbeit ist. Daraus folgt: Es darf kein Unternehmer und keine Unternehmergruppe ein privates Eigentumsrecht an Produktionsmitteln haben, weil die Werte der Wirtschaft nachweisbar durch die gemeinsame Leistung aller geschaffen wurden und erhalten werden.“

„Die gesellschaftliche Konsequenz wird eine soziale Struktur sein, die den Menschen die Möglichkeit gibt, ihr Eigentum vor Ausbeutern zu schützen. Die Naivität, dass Ausbeuter nur im maßgeschneiderten Gewand des privatkapitalistischen Unternehmers auftreten könnten, wurde durch die Erfahrung der letzten Jahrzehnte – jedenfalls bei politisch Bewussten – gründlich überwunden. Was der Einsicht entging, hat Erfahrung bewiesen: Der Staat ist der schlechteste Wirtschaftler, sowohl von der Struktur her als auch im Hinblick auf die Qualifikation der ihn traditionell beherrschenden Führungsgruppen.“

„Wie können die von allen geschaffenen und erhaltenen Produktionsmittel so verwaltet werden, dass für alle der größtmögliche Nutzen daraus entsteht?“

„Die primäre Grundbedingung für eine Wirtschaft, die produktiv für den Menschen arbeiten soll, ist: Die Produktionsmittel müssen in die eigentumslose Verwaltung der fähigsten Fachleute gelangen. Bekanntlich zeigen sich nach kürzerer Zeit die tüchtigsten Fachleute in einem Wirtschaftszweig durch die kaum zu verhindernde Manifestation tatsächlicher Leistungen – allerdings nur dann, wenn nicht traditioneller Wirtschaftspatriarchismus auf der Grundlage kapitalistischer Eigentumsordnung oder politischer Funktionärshierarchie in die Wirtschaft hineinwirken. Es sind Einrichtungen innerhalb der Wirtschaft möglich, die durch eine Kombination erwiesener Fachtätigkeit und betriebsinterner Rechenschaft und Kontrolle erreichen können, was den Interessen der Allgemeinheit am meisten dient: Die maximale Leistungsfähigkeit eines Betriebes bei gleichzeitiger Ausschaltung des persönlichen Eigentumsrechts an den von allen erarbeiteten Produktionsmitteln und Kapitalien der Wirtschaft.“

„Man hat durch Erfahrung begriffen, was man theoretisch auch heute noch nicht wahrhaben will. Die Interessen der Mehrheit können nicht zur Geltung kommen, wenn Produktionsmittel und Wirtschaftskapital Privateigentum sind. Sie können auch nicht zur Geltung kommen, wenn Staatsführungen über sachfremde Bürokratien in die Prozesse von Produktion, Distribution und Konsumption eingreifen. Deshalb ist Vergesellschaftung – nicht Verstaatlichung – inhaltliche Forderung der IRU.“

„Die IRU tritt für eine Vergesellschaftung des Eigentums an Grund und Boden ein. Reale Leistungen zur Verbesserung des Bodens fordern in berechtigter Weise Gegenleistungen. Der Grund und Boden darf weder Privat-

eigentum einzelner noch Verfügungsobjekt einer Staatsführung sein. Er muss unter gesamtgesellschaftlichem Aspekt verwaltet und der Gesellschaft für Wohnung, Betriebe und Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Das ist nur möglich, wenn sowohl das private als auch das staatliche Eigentum an Grund und Boden aufgehoben wird. Durch eine Vergesellschaftung aller durch gesamtgesellschaftliche Leistung erworbenen und erhaltenen Werte entsteht erst die Voraussetzung für echten Sozialismus, das heißt dafür, dass die geistigen und materiellen Rechte des einzelnen (Bildung und Lebenshaltung) erfüllt werden.“

„Über die Herstellung, Verteilung und Verbrauch von Waren wird in der Erläuterung des „Wirtschaftsmodells“ ausgeführt: „Die IRU trennt auch theoretisch, was in der gesellschaftlichen Praxis getrennt verläuft: die Grundrechte und die rein wirtschaftlichen Prozesse. Sie ist der Auffassung, dass die wirtschaftlichen Bedürfnisse vieler Menschen deshalb nicht erfüllt werden können, weil die gültigen Gesetze eine extrem verschiedene und ungerechte Verteilung der gesamtgesellschaftlichen Leistungsergebnisse (Waren und Werte) herbeiführen. Deshalb kann nur durch eine Veränderung der Rechtsgebung (Demokratisierung) die Grundlage dafür geschaffen werden, dass die Wirtschaft im Dienst der Menschen arbeitet, bzw. die materiellen Bedürfnisse der Menschen erfüllt werden können. – Das Problem produktiver Wirtschaft, das heißt einer Wirtschaft, die die Bedürfnisse des Menschen so erfüllt, dass technische Errungenschaften für den Menschen arbeiten, ist vorwiegend ein Problem von Verbraucheraktivität. Auch wenn jeder Mensch mindestens so viel Geld hat, dass er sich das kaufen kann, was er zum Leben braucht, ist noch nicht erreicht, dass die Produktion von Waren eine dem technischen Entwicklungsstand adäquate Qualität hat. Nur dann würde die Produktion für den Menschen arbeiten. Dazu kann die Produktion nur durch die Aktivität von Verbrauchern veranlasst werden.“

#### „Vergeudungswirtschaft“

„Die ApO hat zum ersten Mal den Begriff der „Vergeudungswirtschaft“ zum Gegenstand einer über die Fachwelt hinausgehenden Aufklärung gemacht. Sie versteht darunter konkret jene umfassende Verschwendung und Vergeudung wertvollster Rohstoffe und Waren, die mit voller Absicht in kapitalistischen Ländern betrieben wird. Vergeudung ist die Grundlage einer Wirtschaft, die auf Maximierung von Produktion und Unternehmerprofit beruht. Der Verbraucher hat in ihr nur die Funktion des Konsumsklaven. Er arbeitet, um die sich schnell verschleißenden Waren neu kaufen zu können. Sein Einkommen reicht gerade dazu; Rücklagen kann er nicht machen. Die großen Gewinne, die Folge der immer neuen Produktion sind, führen zu jener Konzentration von Kapital und Macht, die in ihrer historischen einmaligen Stärke und in ihren repressiven Konsequenzen für die Gesellschaft bislang nur der Fachwelt bekannt sind.“

Die Vergeudungswirtschaft wird erst dann überwunden werden, wenn der Mensch in seiner Rolle als Verbraucher ein rein wirtschaftliches – und damit zugleich ein eminent politisches Bewusstsein erworben hat. Selbstbewusstsein in der Wirtschaft heißt: Zusammenschlüsse von Verbrauchern auf allen Gebieten des menschlichen Bedarfs. Praktisches Beispiel: 20000 Verbraucher, die sich zusammenschließen, könnten ohne weiteres

erreichen, dass für sie eine Zahnpasta produziert wird, die im Endpreis 30 Pfennig kostet und die in Qualität und Quantität dem vorliegenden Angebot überlegen ist. Das lässt sich auf alle Bedarfsartikel übertragen. Der Weg: Verbraucher schließen sich zu Genossenschaften zusammen. Sie lassen sich dafür von eigens angestellten Fachleuten beraten. Diese Fachleute klären die Verbraucher über die objektiven Bedingungen von Qualität, Unkosten und Preis auf. Auf dieser Grundlage verhandeln die Verbraucher durch die von ihnen gewählten Fach-Räte mit dem Hersteller. Als Ergebnis der Verhandlung wird ein Vertrag zwischen dem Hersteller und der Verbraucherschaft abgeschlossen. In diesem Vertrag verpflichtet sich der Hersteller zur Lieferung der Ware in vereinbarter Qualität, zur vereinbarten Menge und zum vereinbarten Preis. Die Verbraucher verpflichten sich ihrerseits, die Ware zu den vereinbarten Bedingungen abzunehmen. Dieses Modell partnerhafter Vertragswirtschaft ist in jedem Wirtschaftszweig zu realisieren.“

„Nur bewusst gewordene Verbraucher, die sich genossenschaftlich zusammenschließen und assoziativ mit den Produzenten zusammenarbeiten, können eine für das Kapital unangreifbare Gegenkraft bilden. Die IRU will die Befreiung der Massenmedien von der Gewalt der Herrschenden, um sachgemäße Aufklärung über die Interessen der Verbraucher und ihre jederzeit mögliche Realisierung gesellschaftlich wirksam werden zu lassen. Auch dem Nichtfachmann zeigt die Milliardenaufwendung für Reklame der kapitalistischen Wirtschaft, welche unausgenutzten Vorteile für ihn in der assoziativen Zusammenarbeit mit Herstellern liegen.“

„Die phantastische Verschwendung in Form toter Kosten durch Fehlinvestition im Kapitalismus und falsche bürokratische Planung im „Staatskapitalismus“ kann zugunsten einer Wirtschaft auf der Grundlage vorausgegangener Bedarfsermittlung überwunden werden.“

Leider gibt das Modell keine konkrete Auskunft darüber, wie eigentumslose Wirtschaft zu organisieren ist und welche Möglichkeiten vorhanden sind, eine Rekapitalisierung in einem solchen System zu verhindern, die zumindest im Bereich der mit der Herstellung und dem Verkauf von Serienfertigungen befassten Wirtschaft schon auf Grund des gesellschaftlich notwendigen Konzentrationsprozesses kaum denkbar ist. Darüber hinaus ist die Frage sehr genau zu untersuchen, auf welche Weise eine Bedarfsermittlung eine Planung ersetzen kann und ob diese nicht bei Ausnutzung der Massenmedien bereits zur Manipulation von Bedürfnissen führen würde, die allerdings erst in der Überflusgesellschaft zu beseitigen ist. Zum Abschluss der Analyse kommentiert die IRU ihr „Freiheits-Modell“ wie folgt: „Angesichts einer Welt, in der die Mächtigen das Zentrum ihrer Herrschaft durch kapitalistische oder politische Gewalt über die Institutionen öffentlich wirksamer Aussage (Massenmedien) sichern, kann die Freiheit sich nur in dem Umfang regenerieren, in dem die Massenmedien von der Gewalt herrschender Gruppen befreit und zum Instrument vielseitiger – und darin freier – Aussage gemacht werden.“

„a) Presse: Die Presse ist in dem Maße unfrei, in dem Staatsführung oder wirtschaftliche Macht auf ihre Form oder ihren Inhalt Einfluss nehmen können. Beide Formen faktischer Unfreiheit sind heute, nur jeweils unterschiedlich kombiniert, in Ost und West vorherr-

schend. In der BRD befinden sich namentlich die großen Zeitungen in stärkster Abhängigkeit von finanzstarken Gruppen der Wirtschaft. Die Zeitungsunternehmer beziehen ihre größten Einnahmen von den Inserat-Aufträgen der Großfirmen. Sie vermeiden es daher, etwas zu veröffentlichen, was für den Leser von höchster Wichtigkeit wäre (etwa: Wer übt in der BRD wirklich die Macht aus?), was aber dem „Ansehen“ ihrer mächtigen Auftraggeber schaden würde. Diejenigen, die in der Presse, wenn sie frei sein soll, die größte Freiheit haben müssten, befinden sich in der größten Abhängigkeit: die Redakteure. Die schärfsten Angriffe der politisch Bewussten richten sich daher gegen die vorhandene Unfreiheit der Presse, weil die Unabhängigkeit der Presse, die Freiheit der Redakteure Lebensnerv einer freien und demokratischen Gesellschaftsordnung ist. Durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird die Macht der Zeitungskonzernisten grundlegend zurückgewiesen.“

#### „Befreiung aus ökonomischer Abhängigkeit“

„b) Funk und Fernsehen, Nachrichten: Befreiung des Nachrichtenwesens aus den Händen staatlicher Lenkung und wirtschaftlicher Abhängigkeit wird von der IRU im Sinne der Verwirklichung der Verfassungsrechte der Bundesrepublik gefordert. Die praktische Konsequenz dieser Befreiung wäre zum Beispiel, dass die täglichen Nachrichten von den verschiedenen Gruppen abwechselnd herausgegeben und kommentiert würden. Die Rundfunkhörer und Fernseher würden erst dadurch ein Bewusstsein vom Umfang der bisher durchgeführten Manipulation bekommen.“

c) Schule und Hochschule: Professoren, Dozenten, Assistenten müssen grundsätzlich die Freiheit haben, aus eigener Initiative Hochschulen und Fakultäten zu gründen. Diese sind autonom gegenüber allen außeruniversitären Instanzen. Was und wie geforscht, gelehrt und gelernt wird, bestimmen ausschließlich die am Wissenschaftsprozess Beteiligten. Für den Fall der höheren Schule gelten die gleichen Prinzipien.“

„Damit haben wir in den Grundzügen konkret das Modell einer humanen, das heißt des Menschen gemäßen, von Ausbeutungen, Unterdrückung, Entrechtung und Gewalt befreiten Gesellschaft beschrieben, in der jene Ideen schöpferisch zusammenwirken, die in allen bisherigen modernen politischen und soziologischen Ideologien als sich widersprechende und gegenseitig ausschließende Prinzipien gedacht waren: Freiheit, Demokratie und Sozialismus sind damit erkannt als die ideellen Funktionsbedingungen einer Gesellschaft, die den Menschen aus ökonomischer Abhängigkeit lösen, ohne ihn zugleich durch die Bürokratie geistig zu unterjochen.“

„Da die Gesamtkonzeption notwendigerweise nur sehr gedrängt und redaktionell gekürzt dargestellt werden konnte, haben sich die Republikanischen Clubs entschlossen, für jede Einzelfrage ein gesondertes Modell auszuarbeiten, zum Beispiel Modell freie Presse, freie Schule, freie Universität, Eigentum an Produktionsmitteln.“

(Frankfurter Rundschau, 23. Januar 1969)